



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLENS RUNDER TISCH 1989 UND DER MAIDAN IN DER UKRAINE

■ ANALYSE

Polens Runder Tisch 1989 und die aktuelle Krise in der Ukraine.
Der Maidan und die polnischen Erfahrungen
Zbigniew Bujak, Warschau

2

■ UMFRAGE

Polnische Ansichten zum demokratischen Umbruch 1989

9

■ CHRONIK

3. – 16. Juni 2014

11

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Polens Runder Tisch 1989 und die aktuelle Krise in der Ukraine.

Der Maidan und die polnischen Erfahrungen

Zbigniew Bujak, Warschau

Zusammenfassung

25 Jahre nach den erfolgreichen Gesprächen am Runden Tisch und den halbfreien Wahlen am 4. Juni 1989 in Polen reflektiert Zbigniew Bujak, eine der führenden Persönlichkeiten der polnischen Demokratiebewegung unter dem Banner der *Solidarność* in den 1980er Jahren, in seinem Essay die Ausgangsvoraussetzungen, den Handlungsrahmen und die Zielsetzungen der Gespräche zwischen den wichtigsten Vertretern der Systemopposition, insbesondere aus der *Solidarność*, und Repräsentanten des Staates und der führenden Partei der Volksrepublik. Seinerzeit brachte ein alle Beteiligten über die politischen Abgründe hinweg einigender Grundkonsens an den Runden Tisch. Als Beobachter der aktuellen Krise in der Ukraine spricht sich der Autor eindringlich dafür aus, die polnischen Erfahrungen des Runden Tisches zu nutzen und den »Maidan« als Gesprächsteilnehmer und Akteur des Reformprozesses in der Ukraine einzubinden. Ohne seine Integration in den Kampf gegen das bisherige System der Herrschaftsausübung und zugunsten der Demokratie und des Ausgleich zwischen den Regionen sei die Erneuerung der Ukraine zum Scheitern verurteilt, so der Autor des Beitrags.

Die polnischen »Gespräche am Runden Tisch« im Jahr 1989 erfüllten einige Bedingungen, die es erlauben, sie wirklich als »Gespräche« zu bezeichnen. Es ist unerlässlich, dass die Konfliktparteien und auch die Menschen guten Willens, die bei der Lösung eines Konfliktes helfen wollen, diese Bedingungen verstehen. Erst dann können wir den Ukrainern, Belarussen oder Syrern verantwortungsvoll raten, ob sie Gespräche führen sollen, wie man sich auf Gespräche vorbereitet, worüber man zu sprechen hat und wie man Gespräche führt. In der Ukraine hieß es bereits einige Male, dass »Gespräche« stattfinden und es einen Runden Tisch gibt, obwohl die Treffen nichts mit dem Wesen politischer Gespräche oder einem Runden Tisch gemein hatten, der für die Ukraine heute absolut notwendig ist.

Sechs-Punkte-Fahrplan zur Vorbereitung von Gesprächen

Erstens: Die »polnischen Gespräche« fanden öffentlich statt. Im August 1980 wurden sie einfach durch die werkseigene Funkzentrale der Danziger Werft übertragen. Die Plenargespräche des Runden Tisches im Jahr 1989, die Gespräche in den drei Hauptausschüssen (für politische Reformen, für Wirtschaft und Sozialpolitik und für Gewerkschaftspluralismus) und die Gespräche in den zahlreichen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen wurden von den Medien des Regimes und der Opposition beobachtet und es wurde über sie berichtet. Die Öffentlichkeit der Gespräche ist die erste und grundlegende Bedingung ihrer gesellschaftlichen Legitimierung. Auf dem Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, sieht und fühlt man das große Bedürfnis, solche öffentlichen, ernsthaften Gespräche über die wichtigsten

Probleme des Landes und der Nation zu führen. Solche Gespräche hätten die große Chance, zum Gründungsakt einer modernen ukrainischen Staatlichkeit zu werden.

Zweitens bewirkt Öffentlichkeit, dass die beteiligten Seiten vom ersten Moment an das zum Thema der Gespräche machen müssen, was die Bürger als das Wichtigste in ihrer Situation und für ihr Schicksal erachten, das, was das wichtigste Problem in ihrer Stadt, ihrem Dorf, ihrem Staat ist. Die richtige Wahl der Gesprächsthemen ist die zweite Bedingung für deren gesellschaftliche Legitimierung. Gleichzeitig ist das eine Chance, die Strategie für den Staat, einen Handlungsplan für die Regierung und die Institutionen der Bürgergesellschaft (NGOs) zu finden. Öffentliche Gespräche bedeuten auch den Aufbau einer Kultur der gesellschaftlichen Kontrolle der staatlichen Verwaltung und staatlichen Dienste. Öffentliche Gespräche in der Ukraine, auf dem Maidan sind die große Chance, die Korruption auf allen Ebenen des Machtapparats, in allen Behörden und Diensten aufzudecken. Ohne sie wird es schwer sein, eine wirksame Strategie zur Bekämpfung der Korruption in der Ukraine umzusetzen.

Drittens ist wichtig, wer an den Gesprächen teilnimmt. Wichtig sind konkrete Namen und zugleich die Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen, Organisationen und Regionen. Für uns in Polen war vor 25 Jahren die Präsenz der Probleme in Schlesien und dem Dombrowaer Kohlebecken wichtig, denn dort war der Apparat am stärksten ausgeprägt. In der Ukraine ist es wichtig, über die Probleme der östlichen Regionen zu reden. Ihre Bewohner sollten hören und sehen, dass sie für die Ukraine, den Maidan, den Präsidenten und die Regierung wichtig sind.

Ihre Geschichte ist dramatisch. Die einen sind kaum der schrecklichen Hungersnot entkommen, an die sie sich noch heute erinnern. Das sind die Ukrainer, die seit Jahrhunderten diese Gebiete bewohnen. Die anderen leben mit der Erinnerung an ihre Umsiedlung, an ihre Art der Verbannung. Das sind russische Bauern (und nicht nur), die sich mit der Frage nach der eigenen Identität konfrontiert sehen und damit, ob hier, auf diesem Territorium, Platz für sie und die nachfolgenden Generationen ist. Die Schlesier, die Polen mit einem deutschen Pass verlassen hatten, bauten neue, friedliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf. Sie wurden zu einer Brücke, nicht zu einem Problem. Das ist das Ergebnis der friedlichen Koexistenz und der bewussten Entscheidungen der Regierungen beider Länder. Der Osten der Ukraine ist leider ein Gebiet der aggressiven wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und territorialen Expansion des russischen Establishments. Ich schreibe diese Politik nicht Wladimir Putin zu, denn abgesehen von seiner gegenwärtigen Rolle wird eine solche Expansion ein beständiges Element der Politik Moskaus sein. Aufhalten kann sie nur die intellektuelle und politische Elite der Ukraine, die sich ihrer zivilisatorischen Aufgaben gegenüber der Ostukraine bewusst ist. Meine Anerkennung und mein Respekt gegenüber den Menschen vom Maidan ergibt sich daraus, dass nur sie (trotz Gefahren) hierher kommen, sich austauschen, demonstrieren, dass sie mit jenen in der Ostukraine in einem Land zusammenleben wollen – der Ukraine.

Viertens sollte sehr genau bedacht werden, wer, welche Akteure, Organisationen, Gruppen, in den Gesprächen fehlen und was daraus folgt.

Fünftens müssen die beteiligten Seiten entscheiden, wen sie zum Zeugen der Gespräche wählen. Dessen Rolle ist, dafür zu sorgen, dass die Gespräche nicht von Egoismus, kranken Ambitionen oder mangelndem politischen Realismus der Gesprächspartner gesprengt werden. Der Zeuge bewirkt auch, dass es ein Gespräch ist und nicht eine Verschwörung.

Sechstens muss der Ort und der Gastgeber der Gespräche sorgfältig ausgewählt werden. Der Gastgeber ist mit den Vorsitzenden der beiden Seiten und deren Verhandlungsexperten in ständigem Kontakt. Er wird Missverständnisse klären und Konflikte abmildern. Er wird die Teilnehmer begrüßen, Hände schütteln und zu gemeinsamen Mahlzeiten einladen.

Die Öffentlichkeit der Gespräche

Das Prinzip der Öffentlichkeit haben die Organisatoren des »Danziger Streiks« im Jahr 1980 eingeführt. Hier wurden die Gespräche direkt über die Funkzentrale der Werft übertragen. Der Grundsatz der Öffentlichkeit war vorher von der demokratischen Opposi-

tion, insbesondere vom Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (*Komitet Obrony Robotników – KOR*) ausgearbeitet und angewendet worden. Es waren die Leute von *KOR*, die uns, Akteure aus den Betrieben, überzeugten, dass man unter seinem eigenen Namen und auf öffentlichen Versammlungen handeln und die eigenen Ansichten vertreten müsse. Das war die Bedingung dafür, dass andere Menschen, die Arbeiter, von uns wussten, dass ihr Vertrauen gewonnen wurde, dass wir von der öffentlichen Meinung als glaubwürdig bewertet wurden. Jedes Gespräch mit einem Diktator, einer autoritären Macht hinter verschlossenen Türen wird unvermeidlich den Verdacht des Eigeninteresses der oppositionellen Seite hervorrufen. Solche Vorwürfe werden ganz einfach von den Leuten des Staatsapparates (Agenten) genährt. Kabinettsgespräche hinter verschlossenen Türen sind die einfachste und effektivste Art und Weise, der Opposition die Glaubwürdigkeit aus Sicht der Bürger zu nehmen.

Den Gesprächen am Runden Tisch 1989 gingen »gute Dienste« voraus. Die »guten Dienste« waren schlicht und einfach inoffizielle Vereinbarungen mit den Vertretern von General Wojciech Jaruzelski. Getroffen wurden sie von Personen, denen wir, die Akteure der *Solidarność* mit Lech Wałęsa an der Spitze, sowie der Primas der katholischen Kirche vertrauten. Eben diese Leute der »guten Dienste« sind die Vereinbarung eingegangen, dass die Gespräche öffentlich sein werden, sie haben vereinbart, was die Hauptthemen der Gespräche sein werden, wo sie stattfinden werden und dass sich weder die Seite der *Solidarność* noch die der Regierung in die personale Zusammensetzung der jeweils anderen Seite einmischen wird. Die Leute der »guten Dienste« haben die gesamte Verantwortung für die getroffenen Vereinbarungen auf sich genommen. Sie riskierten dabei »nur« oder sogar ihre persönliche Autorität. Gleichzeitig waren sie sich vollkommen bewusst, dass ihre Vereinbarungen darüber entscheiden, ob es zu ernsthaften Gesprächen kommen wird und diese mit einer echten Verständigung enden werden oder ob es zum Geschwätz kommen wird, das den oppositionellen und *Solidarność*-Führern die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in den Augen der öffentlichen Meinung absprechen wird. Ein solches Vorgehen ist unabdingbar, aber es erfordert auch ein sehr reifes intellektuelles Milieu, das in der Lage ist, strategisch zu denken und zu handeln. Diese Reife bedeutet auch, die Bürger ernsthaft und als Subjekt zu behandeln – auch diese einfachen, wenig gebildeten, aber mutig Streikenden, die auf dem Majdan in der ersten Reihe stehen.

Die Wahl der Gesprächsthemen

Die Öffentlichkeit der Gespräche erzwingt das Nachdenken über die Gesprächsthemen und ihre Vorberei-

tung. Miteinander schwatzen kann man immer, egal worüber. Wenn aber die Medien beobachten, zuhören und der öffentlichen Meinung mitteilen, wer was sagt, dann muss man zur Sache sprechen. Zur Sache bedeutet in dieser Situation über die wesentlichsten Angelegenheiten des Staates und der Bürger. Den Inhalt unserer Gespräche spiegelte die Liste der Positionspapiere wider:

1. Position zu den politischen Reformen,
2. Position zur Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie zur Reformierung des Systems,
3. Position zum Gewerkschaftspluralismus mit vier Anhängen,
4. Bericht aus dem Unterausschuss zur Rechts- und Gerichtsreform,
5. Bericht aus der Arbeit des Unterausschusses zu den Massenmedien,
6. Abschlussprotokoll der Arbeitsgruppe zur territorialen Selbstverwaltung,
7. Abschlussprotokoll der Arbeitsgruppe zu den Vereinigungen,
8. Vereinbarungen des Unterausschusses zum Bildungswesen, Hochschulwesen, zu Wissenschaft und technischem Fortschritt,
9. Position des Unterausschusses für Angelegenheiten der Jugend,
10. Position des Unterausschusses für Wohnungspolitik,
11. Position zur sozialen Problematik des Dorfes und andere Dokumente des Unterausschusses für die Landwirtschaft,
12. Bericht des Unterausschusses für den Bergbau,
13. Abschlussprotokoll des Unterausschusses für Gesundheit,
14. Protokoll des Unterausschusses für Ökologie.

Die Themen unserer Gespräche deckten das gesamte Spektrum der Probleme ab, die für die aktiven Kreise in der *Solidarność*-Bewegung wichtig waren (auch während der Zeit des Kriegsrechts); sie hatten die ganze Zeit über an Reformprogrammen für verschiedene Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens gearbeitet. Jedes Übergehen eines gesellschaftlich wesentlichen Problems hätte die Aussage der gesamten Vereinbarung geschwächt.

Die Teilnehmer

Am polnischen Runden Tisch nahmen die wichtigsten, einflussreichsten Personen beider Seiten Platz. Das ist die Bedingung für eine Verständigung. Die Schlüsselposition auf der Oppositions-*Solidarność*-Seite nahmen die auf dem I. Kongress der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft *Solidarność* (1981) gewählten Akteure und die Berater der *Solidarność* ein. An zweiter Stelle kamen die Teilnehmer und Organisatoren der Aktionen und Streiks Ende der 1980er Jahre. Das waren neue, authentische Führer, die durch ihre selbständigen

Aktivitäten hervorgetreten waren. Drittens waren da die Akteure der unabhängigen Bewegungen und Organisationen, die der *Solidarność* nahe standen, wie die *Solidarność* der Individualbauern (*NSZZ Rolników Indywidualnych »Solidarność«*), die *Solidarność* des Handwerks (*NSZZ Rzemiosła »Solidarność«*), die Unabhängige Studentenvereinigung (*Niezależne Zrzeszenie Studentów*), die ökologischen Bewegungen, die Bewegung Freiheit und Frieden (*Ruch Wolność i Pokój*). Der vierte Kreis waren Vertreter der Wissenschaft und Kultur. Jeder Teilnehmer repräsentierte und signalisierte gleichzeitig ein gesellschaftliches, politisches, wirtschaftliches, regionales Problem, das Thema der Gespräche war. Genau das wollten wir. Reden sollen die, die realen Einfluss, tatsächliche Macht haben.

Wer nimmt nicht teil?

Wenn eine wichtige Person nicht dabei ist, muss man sich darüber im Klaren sein, was das für die Strategie und die Taktik der Gespräche bedeutet. Auf der Seite der Opposition und der *Solidarność* hatten wir mit vier Personen ein Problem. Die wichtigste war Leszek Moczulski. Seine Partei, die Konföderation für ein Unabhängiges Polen (*Konfederacja Polski Niepodległej – KPN*), war ausreichend zahlenstark und organisatorisch geschickt, dass sie die Gespräche am Runden Tisch in den Augen der Öffentlichkeit hätte untergraben können. Gleichzeitig wussten wir, dass Leszek Moczulski als beschlagener Politiker wusste, dass man unter den Bedingungen der Stationierung sowjetischer Truppe in Polen und auf der anderen Seite unserer Grenzen über die Unabhängigkeit nachdenken, sich auf sie vorbereiten konnte, aber es nicht möglich war, eine solche Forderung zum Gesprächsinhalt des Runden Tisches zu machen. Dieses schwierige Gespräch nahm Jacek Kuroń auf sich und Leszek Moczulski stimmte zu, den Runden Tisch zu befürworten und gelassen auf die freien Wahlen zu warten. Zwei Jahre später saß seine Partei im polnischen Parlament.

Die zweite wichtige Person war Bogdan Borusewicz. Als faktischer Organisator des Streiks im August 1980 und als Miturheber der 21 Forderungen hatte er enormen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Er sagte seine Teilnahme am Runden Tisch ab, blieb aber neutral. Seine Haltung zur Vereinbarung machte er vom letztgültigen Ergebnis abhängig. Dieses Ergebnis hat er akzeptiert.

Die dritte Person war der Chef der Unabhängigen Studentenvereinigung. Uns lag sehr an der Anwesenheit eines ihrer Vertreter beim Runden Tisch. Der Vorsitzende sagte jedoch mit der Begründung ab, dass er die Gespräche schlichtweg als Verrat betrachte. Glücklicherweise teilten nicht alle Akteure der *NZS* eine so radikale Haltung. Sie nahmen an den Arbeitsgruppen

teil. Dies gewährleistete die gesellschaftliche Unterstützung auch von seiten der Studenten.

Der vierte war Kornel Morawiecki, der die kämpfende *Solidarność* (*Solidarność Walcząca*) führte. Diese hatte er in der Phase des Kriegsrechts als Antwort auf die zu »weichen« Positionen und Kampfmethoden der konspirativ tätigen Führung der *Solidarność* gegründet. Er ist nie mit einem radikaleren Programm oder Kampfaktik hervorgetreten. Dies erlaubte uns davon auszugehen, dass, obgleich er einen radikalen Einspruch gegen den Runden Tisch kundtat, er nicht imstande sein würde, gesellschaftlich wirksame Aktionen zur Diskreditierung der Gespräche zu organisieren. Unsere Einschätzung hat sich bestätigt.

Wer ist Zeuge der Gespräche?

Gespräche ohne einen angemessenen »Zeugen« kann ich mir schwerlich vorstellen. In unserer Situation war es die Kirche. Ich verwende den allgemeinen Begriff, denn für uns war nicht nur das Wer, welche Priester und Bischöfe bei den Gesprächen anwesend waren, sehr wichtig. Wichtig war, dass ein Zeuge und Befürworter der Gespräche Papst Johannes Paul II. war. Die Kraft und die Bedeutung des Zeugen ist während der Gespräche wichtig, sind sie doch reich an Spannungen und Missverständnissen, und manchmal ist es schwierig, das Gewicht eines Problems angemessen zu erfassen, das zum Abbruch der Gespräche zu führen droht. Es hat sich gezeigt, dass der Zeuge und sein Zeugnis auch noch nach Beendigung der Gespräche wichtig sind, denn eine Verständigung eröffnet immer den Raum für politische Rivalitäten. Unter diesen Bedingungen verändert sich das Konkurrieren um Wählerstimmen in einen rücksichtslosen Kampf. Der Konkurrent wird wie ein Feind behandelt. Ihm werden die schwersten Vorwürfe gemacht. »Verrat« und »Verschwörung« sind Vorwürfe, die bei jeder Wahl hervorgebracht werden. Manche bringen es fertig, im selben Atemzug ihr Gebet vor dem Bild Johannes Pauls II. zu beenden und den Vorwurf des Verrats am Runden Tisch auszusprechen. Die Anerkennung und die Freude des Papstes über die Ergebnisse der Gespräche am Runden Tisch versuchen sie vollkommen zu umgehen. Glücklicherweise wird das nicht möglich sein. Dank dessen siegt das Prinzip des miteinander Sprechens als Institution der Kultur des öffentlichen Lebens beim Zusammenprall mit dem Egoismus, der Eifersucht, der politischen Verblendung, der Instrumentalisierung aller Heiligkeit mit Johannes Paul II. an der Spitze.

Ort und Gastgeber

Unsere Zustimmung zum Ort der Gespräche, dem Namiestnikowski Palast und in Magdalenka (Gebäude

des Innenministeriums nahe Warschau), sowie zu General Czesław Kiszczak als Gastgeber war ein großer Fehler. Der Palast ist ein Symbol der Zarenzeit und den Polen fremd. Seine Kronleuchter, der Marmor, die Teppiche sind ebenfalls ein Ausdruck von Macht als Privileg, Quelle des Reichtums, Prestige. *Solidarność* war dagegen in den Betrieben, Landwirtschaften, Handwerksbetrieben, in den wissenschaftlichen Einrichtungen und Vorlesungssälen verwurzelt. Die Fernsehbilder vom Beginn der Gespräche schockierten aufgrund dieser Dissonanz. Czesław Kiszczak wusste gut, dass der Begrüßungshandschlag mit uns, den führenden Köpfen der Streiks und der Konspiration, eine Art Huldigung seiner Überlegenheit war. Am stärksten fühlten diejenigen Leute der Konspiration die Dimension des Händedrucks, die noch die Polizeiknüppel auf ihren Rücken gespürt und in den Gefängnissen gesessen hatten.

Die polnische Erfahrung ist daher eindeutig: Die Wahl des Ortes der Gespräche und des Gastgebers ist sehr wichtig, da sie eine tiefe symbolische Bedeutung hat. Der Sitz der Akademie der Wissenschaften, die Universität, die Nationalbibliothek sind sehr gute, da würdige Orte für Gespräche über die Probleme des Staates und die Rechte der Bürger. Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, der Rektor der Universität, der Direktor der Bibliothek sind angemessene Gastgeber für Gespräche. Ihr Händedruck ist eine Ehre und nicht ein Problem. Der ausgebrachte Toast ist ein Akt gegenseitiger Empathie und nicht die Verbrüderung mit dem »Feind«.

Die Notwendigkeit eines grundlegenden Einvernehmens

Die polnischen Gespräche am Runden Tisch waren die natürliche Fortsetzung der »Augustvereinbarungen« von 1980. Diese Gespräche hatten mit dem Aufruf »Lasst uns wie ein Pole mit einem Polen reden« begonnen. Hier hatten die Beteiligten eine zutiefst integrierende Formulierung gefunden, die die Gesprächspartner vereinigte. Dies war insofern von großer Bedeutung, als hiermit signalisiert worden war, dass die Gespräche im Schatten des »Großen Bruders« stattfanden, d. h. der Sowjetunion und ihrer in Polen und den Nachbarländern stationierten Truppen. Das Motto war wichtig, weil es anzeigte, dass die Gespräche von dem Bewusstsein und den Reflexionen begleitet wurden, dass wir nur gemeinsam die Nation durch das »Rote Meer« werden führen können. Die polnische Lektion beinhaltet also, dass die grundlegende und absolute Bedingung das beiderseits vorhandene Bewusstsein von der Bedrohung des Landes und der Bürger ist, das Bewusstsein, das erlaubt, im Gegner ein unentbehrliches Element einer notwendigen Kette von Handlungen zur Rettung des Landes zu sehen. Können vor dem Hintergrund der polnischen Erfah-

rungen die Politiker und Aktivisten in der Ukraine, in Belarus, Syrien und Libyen glaubwürdig dazu aufrufen, »wie ein Ukrainer mit einem Ukrainer zu reden«, »wie ein Belaruse mit einem Belarussen«? Um verantwortungsvoll über eine solche Aufforderung nachzudenken, ist ein allgemeines Einvernehmen (der öffentlichen Meinung) über den Zustand des Staates, seine geopolitischen Probleme, über die gemeinsame Suche nach strategischen Veränderungen des Schicksals des Staates und der Nation notwendig. Das ist eine intellektuelle Aufgabe und ein Test der Qualität der intellektuellen Eliten (inklusive der religiösen). Die gleichberechtigte und würdige Behandlung der Gesprächsteilnehmer ist gleichzeitig nur dann möglich, wenn es sich nicht um eine Teilnahme an einem korrupten Prozedere handelt, das die Beteiligten kompromittiert. Wenn sie Gespräche beginnen, müssen sich die Teilnehmer beider Seiten dessen bewusst sein, dass sie den Mechanismus der Machtübertragung in Gang setzen, dass sie über die Ausübung der Staatsgewalt sprechen. Ein gewalttätiger und unkontrollierter Machtzerfall ist immer das Bedrohlichste für die Sicherheit der Bürger, ihre Firmen, ihr Eigentum. Die Gesprächspartner müssen also ein Bewusstsein davon haben, dass weder der Verlust, die Abgabe der Macht, einfach ist und genauso wenig aber die Übernahme der Macht. Das Bewusstsein eines Machtverlustes wird den Widerstand des »Apparates« in allen staatlichen Diensten auf allen Ebenen wecken. Dieser »Apparat« ist organisiert und bewaffnet. Er wird einfachste Tricks anwenden, die die Gespräche wirksam torpedieren können. In Polen wurden zwei Priester, die mit der *Solidarność* verbunden waren, ermordet. Die am Gespräch Beteiligten müssen also in der Lage sein, Provokationen zu erkennen. Wenn dies fehlt, werden die Gespräche durch die Aktionen eines gewöhnlichen politischen Spinners torpediert.

Die Schwierigkeit der Machtübernahme durch die neuen Eliten liegt in etwas, das ich das »Syndrom des Patriarchalismus«, d. h. einen weichen Autoritarismus nenne. Die Zeit der Opposition, die Zeit des Kampfes ist eine Phase, in der die Führer und ihre intellektuelle Umgebung jegliche autoritären Neigungen kennenlernen und zügeln. Das fördert das Nachdenken und die Entwicklung eines (Gesprächs-)Programms im Sinne von Mechanismen, die den Bürgern die Freiheit bringen und Aktivitäten in allen Bereichen freisetzen. Auch kündigen sich neue Regeln und moralische Normen an, die in die Praxis des öffentlichen Lebens eingeführt werden. Für die Bürger ist dies die Ankündigung einer neuen, vollkommen anderen, liberalen Kultur, einen Staat mit seiner Verwaltung und seinen Diensten zu regieren. Es ist die Hoffnung, dass »unser Staat« uns, den Bürgern, endlich vertrauen, helfen und uns verteidigen wird.

Die »Vereinbarungen am Runden Tisch« in Polen stießen die Gründungen von Firmen, privaten Universitäten, Schulen auf allen Ebenen, Krankenhäusern usw. an, denn es waren »Vereinbarungen«, in der wir, die Bürger, Aufgaben für uns erkämpft hatten. Allerdings beobachte ich bei den Menschen ab dem Zeitpunkt der Machtübernahme (der Übernahme einer Behörde, einer Position) einen mentalen Wandel. Vom Moment der Übernahme eines Postens hört die Aktivität der Bürger, die Entwicklung dieser Aktivität, auf, das Ziel und die Aufgabe des bisher »oppositionellen Ministers« zu sein. Das Bürgerengagement wird zu einem Problem und der Bürger zum Gegenstand der Kontrolle und der Aufsicht. Dieses autoritäre Syndrom bemerken die Bürger schnell. Sie kennen es sehr gut, schließlich haben sie dagegen gekämpft – auf dem Maidan, beim Streik, auf Demonstrationen. Die Differenz zwischen dem, was die »oppositionellen Führer« verkünden, und dem, was sie tun, ist so frappierend, dass es nur einiger Monate bedarf, bis die Unterstützung auf ein paar Prozent sinkt.

Besteht die Chance, mit dem Regieren nach Abschluss des Runden Tisches zurechtzukommen? Ja! Europa sowie andere Länder der euroatlantischen Kultur haben hervorragende Erfahrungen bei der Reform aller Bereiche des sozialen und wirtschaftlichen Lebens gemacht. Es reicht zu fragen: Wie habt ihr das gemacht? Die EU hat ein hervorragendes Unterstützungsprogramm für die Länder des postkommunistischen Blocks, die sich im Reformprozess befinden, entwickelt, das »Vorberittrater« zur Verfügung stellte. Es handelte sich dabei um Leiter unterschiedlicher Behörden und Dienste, die über lange Verwaltungserfahrungen verfügten. Sie führten Reformen durch, nicht nur um Abläufe zu optimieren, sondern auch um die entsprechende Einrichtung mehr auf den Bürger auszurichten. Diese Berater sind heute in hohem Maße in einem Land wie der Ukraine notwendig, denn nur sie verstehen, dass eine Reform die Veränderung der Beziehung zum Bürger und die Abkehr von den repressiven Kontrollmethoden gegenüber den Aktivitäten der Bürger bedeutet sowie gleichzeitig einen Prozess gesellschaftlicher Konsultationen, Erläuterungen und Diskussionen mit den Bürgern und ihren Organisationen über die Ziele der Reformen. Werden die Reformen ausschließlich in den Ministerien erarbeitet, ist das der direkte Weg zur gesellschaftlichen Isolierung, zu weiteren Protesten und einem neuen Maidan.

Der Maidan muss beteiligt werden

Der ukrainische Maidan schuf die einzigartige und herausragende Gelegenheit, das eigene Land radikal und wirksam zu reformieren. Der Maidan selbst ist ein Ort, der prädestiniert und schlicht und einfach geheiligt ist (*qua* Tradition und Tod), die großen ukrainischen

Gespräche zu führen. In der ukrainischen Kultur könnte dies ein »Großer Kosakenrat« sein – die Ukrainer haben ihren »Ataman«, den Präsidenten, gewählt, also kann der Maidan mit ihm reden wie ein »Ukrainer mit einem Ukrainer«. Die Bürger der Ukraine vom Maidan, aus der Bewegung »Euromaidan«, aus zahlreichen NGOs haben hervorragende Kenntnis von den Problemen ihres Staates, weshalb sie sehr gut für Gespräche vorbereitet sind. Allerdings ist eine strategische Entscheidung notwendig: Wie will der neu gewählte Präsident, wie will der Maidan das Land reformieren? Wird das eine Aufgabe des »neuen Establishments« sein, das von der auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz weiter ausharrenden Kundgebung kontrolliert wird? Wird das ein »Gesellschaftsdialog« der wichtigsten politischen Kräfte sein? Einen solchen Dialog braucht die Ukraine wie die Luft zum Atmen. Über Jahrhunderte war es dieser Nation mit ihrer großen und tiefgehenden Kultur individueller Freiheit nicht gegeben, ihren Staat selbständig zu diskutieren und aufzubauen.

Ich beende diesen Essay einige Stunden vor einer Großen Versammlung des Maidan. Präsident Poroschenko wurde bereits vereidigt und hat das Oberkommando über die ukrainische Armee übernommen. Seine Inaugurationsrede zeigt, dass er die Probleme der Ukraine, der ukrainischen Nation gut kennt und dass er die Erwartungen des Maidan gut versteht. Diese Erwartungen sind bisher nirgendwo schriftlich festgehalten worden. Für alle offenkundig, bleiben sie in der Sphäre des »Geistes des Maidan«, den man eher spüren als lesen, analysieren, präzisieren soll. Vor dem Maidan liegen also zwei Möglichkeiten. Die eine ist, endlich aufzuschreiben und dementsprechend mit den übrigen Teilnehmern der Versammlung abzustimmen, was der Maidan will. Dies eröffnet den Weg zum Dialog über die Ziele und die Mittel zur Reformierung des Landes. Das bedeutet auch, die Mitverantwortung für die Reformen und ihre Folgen zu übernehmen. Die Entscheidung für diesen Weg hat das Zeug, der Wendepunkt für die Ukraine im 21. Jahrhundert zu werden.

Die zweite Möglichkeit ist, in der Rolle, das »neue Establishment« zu kontrollieren, zu bleiben. Die Anführungszeichen sind hier bewusst gesetzt, denn die Mehrheit der Ukrainer weist darauf hin, dass weder der Präsident noch seine Umgebung neue Akteure in der ukrainischen Politik sind. Sie waren alle schon da. Sie hatten alle schon einmal die Chance gehabt, etwas zu tun. Dieses Bewusstsein ist wahrscheinlich das größte Hindernis, sich mit diesen Akteuren zum Gespräch zusammzusetzen. Ich bin allerdings überzeugt, dass die Durchführung von Reformen ohne Dialog nicht möglich ist. Die ukrainischen Reformen erfordern Aktivitäten und Verantwortung auf allen Stufen der öffentli-

chen Verwaltung und das Engagement der Bürger, ihrer Organisationen auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Hierarchie. Der »Rezensent« Maidan erregt sich schnell über jeden Fehler oder jedes Stolpern im Reformprozess. Er wird sich auch über das allzu langsame Reformtempo aufregen. Er wird über die nicht ausreichend radikale Überprüfung der informellen Zusammenarbeit mit den staatlichen Sicherheitsdiensten und über die Personalentscheidungen für die höchsten Ämter in der Verwaltung und der Regierung wütend sein. Die Kontrollfunktion der öffentlichen Meinung ist unerlässlich. Es ist dies allerdings die Rolle der Medien, Intellektuellen und NGOs. Der Maidan ist eine starke politische Kraft. Stark beim Aufbau und stark bei der Zerstörung. Er befördert Präsidenten aus dem Amt und bringt Präsidenten ins Amt. Sollte er beschließen, die Rolle des Kontrolleurs des neuen Präsidenten und der Regierung beizubehalten, erwartet die Ukraine ein »dritter Maidan«. Ich höre diese Parole seit einigen Wochen.

Der Ukraine muss in allen Bereichen geholfen werden. Es ist ein Land mit Schlüsselbedeutung für die Politik, die Sicherheit und die Wirtschaft nicht nur im östlichen Teil der Europäischen Union. Es ist ein Land von Bürgern mit einer tief verwurzelten Freiheitstradition. Darin unterscheidet es sich fundamental von der Moskauer Tradition der Alleinherrschaft. Dies ist meine Überzeugung und deshalb bin ich hier auf dem Maidan als Bürger Polens, der Europäischen Union und als Mitbegründer der *Solidarność*. Der Maidan hat seine internen Probleme. Es ist kein Anführer aus ihm hervorgegangen. Er hat keine Handlungsregeln, keine Regeln für Entscheidungsfindungen und Vereinbarungen von Positionen verbindlich festgelegt. Er handelt als Netz unterschiedlicher Einflussgruppen, die im Prozess multilateraler Konsultationen einen gemeinsamen Standpunkt hervorbringen. Dessen ungeachtet nehme ich nur bei den Menschen vom Maidan die Kraft und das Bewusstsein von der Tiefe der Reformen wahr, derer ihr Land bedarf.

Letzte Bemerkungen

Präsident Poroschenko kam nicht auf den Maidan, weder am Tag seiner Vereidigung noch am nächsten Tag. Er hat keine Blumen niedergelegt und keine Kerze am Gedenkort der »Himmlichen Hundertschaft« (der auf dem Maidan im Februar 2014 zu Tode gekommen) angezündet. Zu den Feierlichkeiten hat er die wichtigsten »Atamanen« des Maidan nicht eingeladen. Der Maidan dagegen hat wahrgenommen, dass bei der Vereidigung unter den geladenen Gästen eine ganze Gruppe führender Oligarchen, korrupter Bürokraten und Leiter verschiedener Dienste waren, die für die von ihnen bekleideten Positionen bezahlt hatten. Am darauf fol-

genden Sonntag hat wieder eine Große Versammlung auf dem Maidan stattgefunden. Der Maidan hatte seine Position gegenüber der Reform der Ukraine abgesprochen. Zusammen mit Gratulationen und Erfolgswünschen wollte der Maidan seine Botschaft dem gewählten Präsidenten überreichen. Poroschenko kam nicht.

Wichtige und einflussreiche Anführer des Maidan haben festgestellt, dass sie überwacht werden. Das Vertrauen des Maidan in den neu gewählten Präsidenten

und damit auch die Chance auf tiefgehende Reformen sinkt in erschreckendem Tempo. Nach meiner Meinung kann aufgrund der ukrainischen Tradition und Kultur nur der Maidan die Quelle für die politische Kraft der reformerischen Mannschaft sein. Ohne Maidan werden die Reformen nur bürokratische Operationen sein, die die einen Beamten durch die anderen, die »eigenen« ersetzen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Zbigniew Bujak arbeitete in den 1970er Jahren in Warschau in einem Betrieb des Kombinats »Ursus«. Ab 1979 war er Mitarbeiter des oppositionellen KSS »KOR« (Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter«/Komitet Samoobrony Społecznej »Komitet Obrony Robotników«). Im Juli 1980 organisierte er das Streikkomitee in seinem Betrieb, auch in den anderen Betrieben des Kombinats wurde gestreikt. Nach den »Danziger Vereinbarungen« vom August 1980 wurde er Mitbegründer der entstehenden Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft *Solidarność* (*NSZZ Solidarność*) und zu ihrem Vorsitzenden in der Woiwodschaft Warschau gewählt. Er entging der Inhaftierung nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 und lebte viereinhalb Jahre im Untergrund. 1986 für 100 Tage inhaftiert, wurde er infolge einer Amnestie freigelassen, was er als Ankündigung von Gesprächen zwischen Regierung und Opposition bewertet. Er war Teilnehmer der Gespräche am Runden Tisch im Hauptausschuss für politische Reformen sowie im Hauptausschuss für Wirtschaft und Sozialpolitik und Kovorsitzender des Unterausschusses zu Vereinigungen und territorialer Selbstverwaltung. Von 1991–1993 und 1993–1997 Abgeordneter des Sejm der Republik Polen, in der zweiten Amtsperiode Vorsitzender des Ausschusses für Verwaltung und Innere Angelegenheiten, Arbeitsgebiete: innere Sicherheit, Polizeireform, Geheimdienste, öffentlicher Dienst. 1999–2001 Vorsitzender des Zollhauptamtes und Anpassung der Behörde an die Standards der EU.

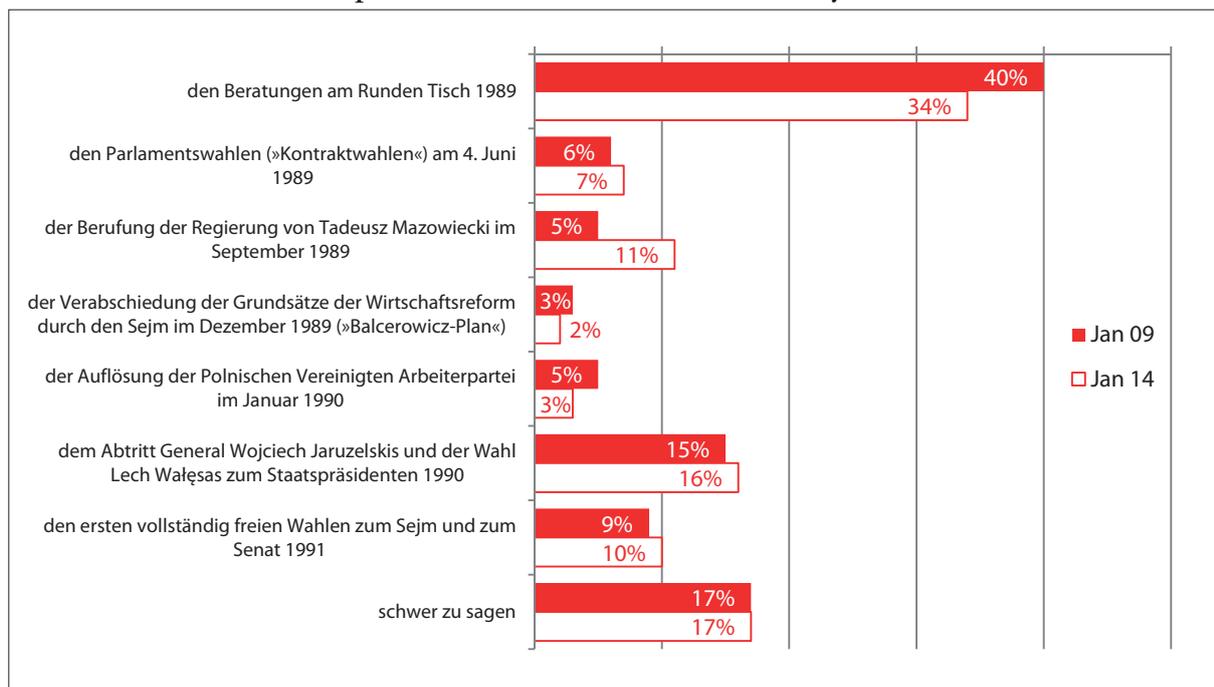
Zbigniew Bujak ist seit zwei Jahrzehnten Beobachter von Revolutionen und Reformen in verschiedenen Ländern der Welt, ihrer Bedingungen und Dynamik. Gegenwärtig beobachtet er die Ereignisse in der Ukraine und nimmt dort an Veranstaltungen und Diskussionsforen teil, deren Ziel es ist, »Anführer der Reformen« zu präsentieren. Darüber hinaus hilft er bei der Gründung der »Offenen Universität Maidan«.

Weitere Beiträge zur aktuellen Krise in der Ukraine finden Sie in den Ukraine-Analysen unter:
<www.laender-analysen.de/ukraine>

UMFRAGE

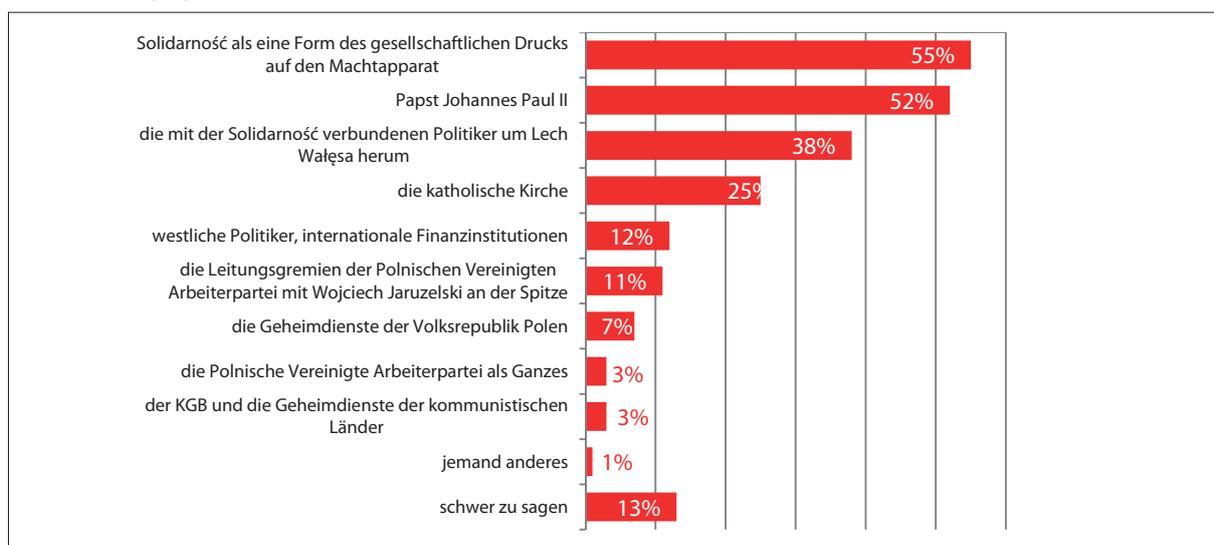
Polnische Ansichten zum demokratischen Umbruch 1989

Grafik 1: Von welchem Ereignis lässt sich sagen, dass es am bahnbrechendsten war, dass es das Ende der Volksrepublik Polen, des kommunistischen Systems in Polen markierte?



Quelle: CBOS Nr. 63/2014 *Upadek komunizmu i geneza przemian w pamięci zbiorowej [Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Genese der Veränderungen im kollektiven Gedächtnis]*. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Wer hat am meisten dazu beigetragen, dass die Systemveränderungen in Polen nach 1989 diese und keine andere Gestalt annahmen?



Anm.: Die Summe der Angaben ergibt mehr als 100 Prozent, da die Befragten drei Ursachen nennen konnten.

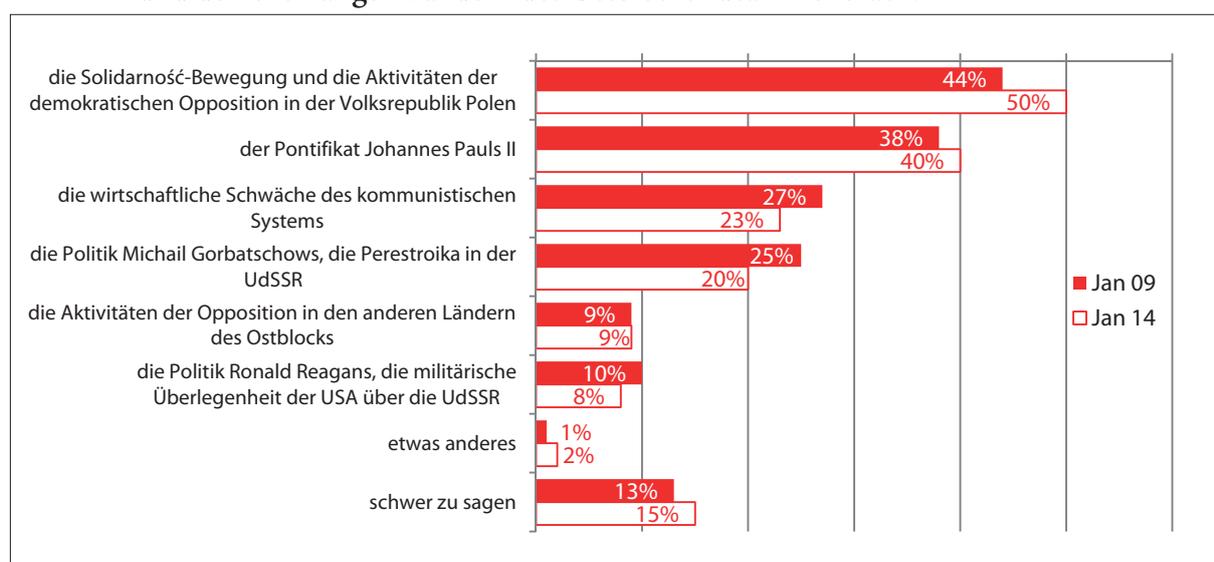
Quelle: CBOS Nr. 63/2014 *Upadek komunizmu i geneza przemian w pamięci zbiorowej [Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Genese der Veränderungen im kollektiven Gedächtnis]*. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Haben die Ereignisse, die in Polen 1989 stattfanden, zum Zusammenbruch des Kommunismus auch in den anderen Ländern des Ostblocks beigetragen oder nicht?



Quelle: CBOS Nr. 63/2014 Upadek komunizmu i geneza przemian w pamięci zbiorowej [Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Genese der Veränderungen im kollektiven Gedächtnis]. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

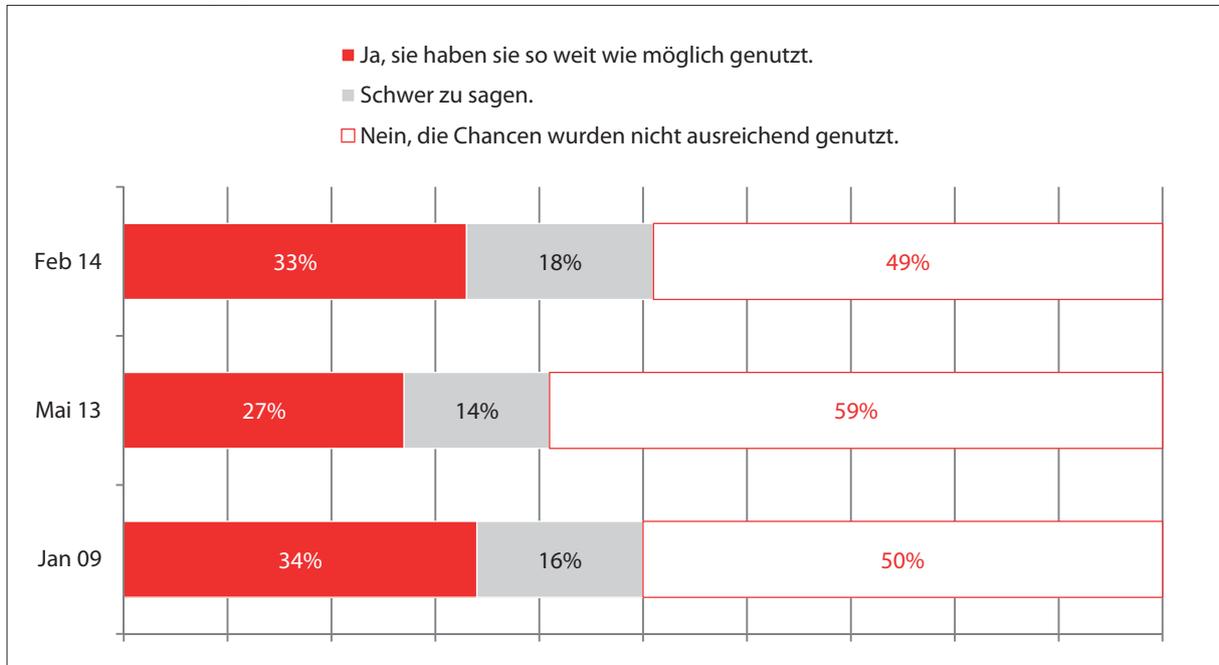
Grafik 4: Was hat am meisten dazu beigetragen, dass das kommunistische System in der UdSSR und den ehemaligen Ländern des Ostblocks zusammenbrach?



Anm.: Die Summe der Angaben ergibt mehr als 100 Prozent, da die Befragten zwei Ursachen nennen konnten.

Quelle: CBOS Nr. 63/2014 Upadek komunizmu i geneza przemian w pamięci zbiorowej [Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Genese der Veränderungen im kollektiven Gedächtnis]. Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 5: Haben Polen und die Polen die Chance genutzt, die ihnen die Systemveränderungen 1989 gegeben haben, oder nicht?



Quelle: CBOS Nr. 67/2014 *Czy warto było zmieniać ustrój? Ocena zmian ustrojowych po 25 latach [Lobnte es sich, das System zu verändern? Die Beurteilung der Systemveränderungen nach 25 Jahren].* Warszawa 05/2014. <www.cbos.pl>

CHRONIK

3. – 16. Juni 2014

03.06.2014	Ministerpräsident Donald Tusk und Staatspräsident Bronisław Komorowski empfangen in Warschau US-Präsident Barack Obama. Bei den Gesprächen werden die Lage in der Ukraine, die Möglichkeiten der Diversifizierung von Energielieferungen nach Europa und die Sicherheit Europas thematisiert. Obama bestätigt das Engagement der USA als NATO-Partner und als bilateraler Partner Polens für seine Sicherheit. Dazu gehören die Anwendung des Artikel 5 des Washingtoner Abkommens der NATO, die Umsetzung des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen und die erfolgte Stationierung von 150 Angehörigen der US-amerikanischen Luftstreitkräfte in Polen.
04.06.2014	In Warschau finden die Hauptfeierlichkeiten aus Anlass des 25. Jahrestages der halbfreien Wahlen in Polen statt. Anwesend sind zahlreiche ausländische Staatsoberhäupter und Regierungschefs, u. a. US-Präsident Barack Obama, der gewählte Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, und Bundespräsident Joachim Gauck. Obama würdigt die Wahlen am 4. Juni 1989 als Anfang vom Ende des Kommunismus in Polen und ganz Europa. Der Funke der revolutionären Veränderungen in Europa sei von Menschen in Polen ausgegangen. Vor dem Hintergrund des aktuellen Ukraine-Konfliktes betont Obama, dass die Freiheit in Europa niemals garantiert sei. Die Freiheit müsse in jeder Generation verdient und erneuert werden.
05.06.2014	Nach einem Treffen mit Vertretern des Kohlekonzerns Kopalnia Węglowa in Kattowitz unterstreicht Ministerpräsident Donald Tusk, dass eine Schließung von Kohlebergwerken nicht im Interesse des Staates liege, da dies den Verlust von Arbeitsplätzen und Kosten für den öffentlichen Haushalt bedeute. Darüber hinaus gehörten der Abbau und die Nutzung von Kohle zur polnischen Energiestrategie. Es müssten aber Mechanismen und Regulierungen erarbeitet werden, die die Arbeit des Kohlekonzerns effektiver machten, beispielsweise im Bereich der Konkurrenzfähigkeit beim Kohlehandel.

06.06.2014	Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak fordert die NATO-Mitgliedsländer angesichts des russisch-ukrainischen Konfliktes auf, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Die Schwäche des Westens ermuntere Russland zu Aggressionen und Expansionen. Die NATO und Europa dürften nicht mehr mit entschiedenen Reaktionen warten. Staatspräsident Bronisław Komorowski hatte wenige Tage zuvor angekündigt, dass die Verteidigungsausgaben von 1,95% auf 2% des Bruttoinlandsprodukts erhöht würden.
07.06.2014	In Warschau tagt der Politische Landesrat der Partei Deine Bewegung (Twój Ruch). Der Vorsitzende Janusz Palikot betont vor Journalisten die Konsolidierung und Geschlossenheit der Partei, trotz der Wahlniederlage bei der Wahl des Europäischen Parlamentes (3,58%). Die für die Europawahl geschlossene Koalition unter dem Namen Europa Plus – Deine Bewegung (Europa Plus – Twój Ruch) sei ein fundamentaler Fehler gewesen; Deine Bewegung sei davon ausgegangen, dass die Koalitionspartner mit ihren führenden Köpfen Ryszard Kalisz, Aleksander Kwaśniewski und Andrzej Celiński eine deutlich höhere Zustimmung der Wählerschaft garantieren würden, als dies eingetreten sei. Das Wahlbündnis sei aufgelöst worden.
09.06.2014	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der Umsatz im Export im ersten Quartal 2014 223.297,3 Mio. Zloty (53.428,7 Mio. Euro) und im Import 220.320,7 Mio. Zloty (52.722,3 Mio. Euro). Deutschland nahm unter den Exportländern Polens bei einem Umsatz von 58.733,6 Mio. Zloty (14.053,6 Mio. Euro) sowie unter den Importländern mit 47.764,8 Mio. Zloty (11.430,2 Mio. Euro) den ersten Platz ein.
10.06.2014	Auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit seinem russischen und seinem deutschen Amtskollegen Sergej Lawrow und Frank-Walter Steinmeier bekräftigt Außenminister Radosław Sikorski, dass sich Polen für eine politische Lösung des Konfliktes in der Ukraine ausspricht. Die Ukraine habe jedoch als souveräner Staat das Recht, Gewalt gegen illegale, bewaffnete Formationen auf ihrem Territorium einzusetzen, die die Lage destabilisieren. Russland trage am besten zur Konfliktlösung bei, wenn es aufhöre, seine Söldner in die Ostukraine zu schicken.
11.06.2014	Bei seinem Besuch im Toyota-Werks in der Sonderwirtschaftszone Waldenburg (Wałbrzych, Woiwodschaft Niederschlesien) unterstreicht Wirtschaftsminister Janusz Piechociński die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Industrie und Wissenschaft, um in den kommenden fünf Jahren den Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt von gegenwärtig 22% auf 25% zu steigern.
12.06.2014	Auf einer Sitzung des Vorstands des Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) rügt Ministerpräsident Donald Tusk die PO-Abgeordneten, die zwei Tagen zuvor im Sejm gegen die Aufhebung der Immunität von Mariusz Kamiński, Abgeordneter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und unter Ministerpräsident Jarosław Kaczyński (PiS) Chef des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA), gestimmt haben. Der Antrag auf Aufhebung scheiterte. Ein Ausschluss aus der PO sei aufgrund der geringen Regierungsmehrheit nicht möglich, so Tusk. Denkbar seien aber politische Konsequenzen innerhalb der PO. Hintergrund des Antrags auf Aufhebung war der Wunsch der Staatsanwaltschaft, Anklage gegen Kamiński wegen Überschreitungen seiner Befugnisse als CBA-Chef zu erheben.
13.06.2014	Auf einer Pressekonferenz teilt der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, mit, dass PiS einen Antrag auf Einberufung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über Eigentumsangelegenheiten des ehemaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski und seiner Ehefrau vorbereitet habe. Außerdem werde PiS die Generalstaatsanwaltschaft und Ministerpräsident Donald Tusk ersuchen, das dazugehörige Material der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Hintergrund sind Hinweise von Mariusz Kamiński, Abgeordneter von PiS und unter Ministerpräsident Kaczyński Chef des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA), auf mögliche Unregelmäßigkeiten beim Erwerb einer Villa des Präsidentenpaares. Ein Antrag auf Aufhebung der Immunität Kamińskis zur Aufklärung eventueller Überschreitungen seiner Befugnisse als Chef des CBA ist Anfang der Woche gescheitert.
14.06.2014	Die Wochenzeitung »Wprost« gibt bekannt, dass sie über den Mitschnitt eines Gesprächs zwischen Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz und Marek Belka, den Präsidenten der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) vom Juli 2013 verfüge, in dem die NBP der Regierung Hilfe bei der Finanzierung des Haushaltsdefizits gegen den Rücktritt von Finanzminister Jacek Rostowski angeboten haben soll. Rostowski war im November 2013 aus seinem Amt entlassen worden.
15.06.2014	Der Vorsitzende von Polen Gemeinsam (Polska Razem), Jarosław Gowin, ehemaliger Justizminister der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), ruft die Opposition dazu auf, auf die Ernennung einer technokratischen Regierung und vorgezogene Neuwahlen im Spätsommer zu drängen. Hintergrund sind Informationen der Wochenzeitung »Wprost«, dass sie über den Mitschnitt eines Gesprächs zwischen Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz und Marek Belka, den Präsidenten der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), vom Juli 2013 verfüge, in dem die NBP der Regierung Hilfe bei der Finanzierung des Haushaltsdefizits gegen den Rücktritt von Finanzminister Jacek Rostowski angeboten haben soll.

16.06.2014	Sławomir Nowak, ehemaliger Transportminister in der Regierung von Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), tritt aus der PO aus. Parallel beginnen Untersuchungen der Staatsanwaltschaft aus Anlass eines Gesprächsmitschnitts zwischen Nowak und dem damaligen Vize-Finanzminister Andrzej Parafianowicz über die Finanzkontrolle in der Firma der Ehefrau Nowaks. Die Wochenzeitung »Wprost« hat den Mitschnitt sowie auch einen weiteren zwischen Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz und Marek Belka, dem Präsidenten der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), bekannt gemacht.
16.06.2014	In einer Pressekonferenz kritisiert Ministerpräsident Donald Tusk das illegal mitgeschnittene Gespräch zwischen Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz und Marek Belka, dem Präsidenten der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), vom Juli 2013, über das die Wochenzeitung »Wprost« verfügt, als Versuch eines Staatsstreiches. Auf der Grundlage der bisher veröffentlichten Mitschnitte werde er keine politischen Konsequenzen ziehen. Sienkiewicz des Amtes zu entheben, schließt er aus. Die politische Karriere von Sławomir Nowak, ehemaliger Transportminister, halte er für beendet, so Tusk. Ein Gespräch Nowaks mit dem damaligen Vize-Finanzminister Andrzej Parafianowicz über die Finanzkontrolle in der Firma der Ehefrau Nowaks hat »Wprost« ebenfalls bekanntgemacht.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter <www.laender-analysen.de/polen>

Kostenloses Abonnement unter <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf <bpb.de>



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2014 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen